

Erzähler vom Westerwald

Hachenburger Tageblatt

Tägliche Nachrichten

für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der Monatsbeilage: Kalender für
Landwirtschaft, Jagd- und Gartenbau.
Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhölz in Hachenburg.

212

erschint an allen Werktagen.
Bezugspreis: vierteljährlich 1.80 Mk.,
monatlich 60 Pf. (ohne Postgebühren).

Hachenburg, Dienstag den 11. September 1917.

Anzeigenpreis (jährlich im voraus):
die 5. Spaltenbreite 20 Pf., die 4. Spaltenbreite 40 Pf.

9. Jahrg.

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

11. September. An der flandrischen Front und im Norden vordringende feindliche Schutzbataillone. Nördlich von St. Quentin werden unsere Stellungen bei Villers ein wenig zurückgedrückt. — An der Nordfront von Verdun Infanterie-Kämpfe. Ostlich von Verdun werden dem Feinde durch unsere Sturmtruppen Verluste zugefügt. — Zwischen dem Nigalschen Meer und der Duna erfolgreiche Gefechte mit russischen Streitkräften. — Zwischen Tretus und Ostozna werden an der russischen Front Verluste zugefügt. — Zwischen Tretus und Ostozna werden an der russischen Front Verluste zugefügt. — Zwischen Tretus und Ostozna werden an der russischen Front Verluste zugefügt.

Kornilow gestürzt.

Im Kampf um die Regierungsgewalt.

Die letzten Nachrichten aus Rußland ließen bereits erwarten, daß zwischen dem Diktator Kerenski und dem General Kornilow seit dem Moskauer Kongress eine Meinungsverschiedenheit herrschte. Man dachte darauf, daß die beiden Männer aus diesem heimlichen Kampfe als Sieger hervorgehen würden. Kerenski hat sich nun als der Stärkere erwiesen, wie aus folgendem von der Petersburger Telegraphen-Agentur verbreiteten Telegramm hervorgeht. Ministerpräsident Kerenski hat folgende Proklamation erlassen: Am 8. September kam das Duma-Mitglied Zwornach-Petersburg und forderte mich im Namen des General Kornilow auf, die gesamte Zivil- und Militärgewalt dem General Kornilow zu übergeben, der nach seinem Gutdünken eine neue Regierung bilden werde, die Wichtigkeit dieser Aufgabe wurde mir durch General Kornilow in einer Mitteilung durch den direkten Telegraphendraft von Petersburg und dem Generalstab bestätigt. Da die Aufforderung als Versuch gewisser Bevölkerungskreise betrachtet: die schwierige Lage des Landes zu beheben, um einen Zustand herzustellen, der den Eroberungen der Revolution widerspricht, hielt es die vorläufige Regierung für notwendig, mich damit zu betrauen, dringende Maßnahmen zu ergreifen, um alle Anzeichen gegen die höchste Gewalt und gegen die von der Revolution eroberten Bürgerrechte an der Wurzel abzuschneiden. Daher befehle ich:



General Kornilow.

General Kornilow hat sein Amt dem General Klembovsky, dem Oberbefehlshaber der den Russen nach Petersburg vordringenden Armeen der Nordfront, zu übergeben, und General Klembovsky soll vorerst die Befugnisse als Generalissimus übernehmen, bis in Biflow bleiben. Zweitens: ich verleihe den General Kornilow über Stadt und Bezirk Petersburger Zustand. Zum Schluß fordert die Proklamation alle Bürger an der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu wirken und richtet an Flotte und Meer die Aufforderung, treu und mutig an der Verteidigung des Vaterlandes zu arbeiten.

Noch einmal hat Kerenski seine Macht bewiesen. Aber er einen vollen Sieg errungen hat, ist eine andere Frage. Vielleicht wird er eines Tages von Kornilow gestürzt, wie er den Generalissimus kurzerhand zu Fall brachte.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

In ihrer Hauptversammlung zu Berlin erklärten sich die deutschen Sozialisten für die Kriegsanleihe, mit der es als Verzeihen und Gewissenspflicht, mit Kraft und Begeisterung bis zum letzten Tage für die Kriegsanleihe, für eine vorzügliche und vaterländische Geldanleihe zu wirken. Reiche Mittel hatten die Sozialisten des Vaterlandes. Das deutsche Volk wird sich nicht in einer einstimmig gefassten Entschliessung, daß es in einen Betteiler in sehr freiwilliger, einsichtsvoller Weise seines Geldes einfließen bis ins Feindesland, das ein solches Denkmals seines unerschütterlichen Sieges aufzurichten. Je härter es sich zeigt, desto günstiger werden die Friedensverhältnisse.

Mit dem Depeschenwechsel zwischen dem Deutschen Kaiser und dem ehemaligen Zaren beschäftigt sich die Nordd. Allg. Ztg. in einem längeren Artikel. Das Blatt führt aus, daß der Lügenfeldzug unserer Feinde anfangs von Erfolg begleitet zu sein schien, daß aber nach und nach die Wahrheit an das Licht drang, bis jetzt durch die Ergebnisse des Suchomlinow-Prozesses die Verhältnisse unantastbar festgestellt worden sind. Um aber die Bucht der Tatsachen, die unumstößlich Rußlands Ziele am Kriege beweisen, abzuschwächen, wird jener Depeschenwechsel zwischen Kaiser und Zar aus den Jahren 1904/1905 ausgegraben. Dieser Depeschenwechsel, der der Hege dienen soll, hat, so schreibt das Halbamtliche Blatt, das Licht nicht zu scheuen, denn er enthält nur neue Beweise dafür, daß der Deutsche Kaiser die seinem Volke schon seit langen Jahren drohende Gefahr eines feindlichen Angriffs frühzeitig vorausgesehen, und daß er im engen Einvernehmen mit den verantwortlichen Männern der Regierung alles aufgebieten hat, um sie zu beschützen.

Montag nachmittag ist der Sonderausschuß beim Reichskanzler zusammengetreten, um über die Antwort auf die Papstnote zu beraten. Gutem Vernehmen nach werden weitere Sitzungen des Ausschusses in der gleichen Angelegenheit nicht stattfinden, da es gelungen ist, eine grundsätzliche Einigung über Form und Inhalt der Antwortnote herbeizuführen.

Dem Vernehmen nach wird die Note nicht auf Einzelheiten eingehen, sondern nur die grundsätzliche Stellung der Deutschen Regierung zur Papstnote darlegen. Wann die Antwortnote veröffentlicht wird, steht noch nicht fest. — Der Bayerische Kurier teilt mit, daß in der deutschen Antwort an den Papst auch eine wichtige Erklärung über Deutschlands Stellungnahme zu Belgien enthalten sein werde.

Eine neue „Deutsche Vaterlandspartei“ ist in Königsberg gegründet worden. In dem Werbeaufsatze der neuen Partei heißt es u. a.: „Welche Kreise des deutschen Volkes stimmen mit der Stellungnahme der gegenwärtigen Reichstagsmehrheit zu den wichtigsten Lebensfragen des Vaterlandes nicht überein. Sie erblicken in dem Versuch, gerade jetzt, wo das Reiches Schicksal auf dem Spiele steht, Kämpfe um Verfassungsfragen hervorzurufen und in den Vordergrund zu stellen, eine Gefährdung des Vaterlandes und eine wenn auch nicht gewollte Förderung unserer Feinde. Sie sind der Ansicht, daß der vor dem Kriege gewählte Reichstag tatsächlich nicht mehr die Vertretung des deutschen Volkswillens darstellt.“ Die Neugründung bezweckt alle Kräfte des Volkes zu sammeln für einen deutschen Frieden.

Hinsichtlich der Anmeldung ausländischer Zahlungsmittel und Forderungen wird zur Beachtung durch die Beteiligten auf folgendes hingewiesen: Die Anmeldung ausländischer Zahlungsmittel und Forderungen hat nach dem Stande vom 1. September 1917 zu erfolgen. Die Anmeldung muß bewirkt sein bis zum 11. September 1917, und zwar in Berlin bei der Statistischen Abteilung der Reichsbank, Alte Leipziger Straße 2, 3 Treppen, außerhalb Berlins bei den Reichsbankfilialen. An diesen Stellen werden auch die für die Anmeldung vorgeschriebenen Formulare ausgegeben.

Österreich-Ungarn.

Eine Neuorganisation der römisch-katholischen Kirchengüter in Ungarn findet das Organ des ungarischen Kultusministeriums Apponyi an. Danach ist Säkularisation nicht geplant. Dagegen sollen sämtliche katholischen Güter vereinigt werden. Der Vertrag der Güter würde in erster Reihe zur Gebaltsregelung des niederen Klerus und für Schulzwecke verwendet werden.

Griechenland.

Der Mangel an Nahrungsmitteln, insbesondere an Brotgetreide wird von Tag zu Tag fühlbarer. Obwohl nun Griechenland zum Kreise der Verbündeten gehört, verweigert England nach wie vor die Rückgabe der Handelschiffe. Die griechische öffentliche Meinung verlangt, daß Griechenland mindestens der Frachtraum zur eigenen Versorgung zur Verfügung gestellt werden müsse. Athener Blätter erklären, Ventselos gewählte den Alliierten eine Armee von 300.000 Mann. Die Nation sei bereit vorzugehen, brauche aber Brot nötiger als Waffen. Man müsse das Volk in erster Linie vor einer Hungersnot bewahren, um es streikfähig zu machen.

Amerika.

Die von Amerika unternommene Knebelung der Weltseeschifffahrt hat in den skandinavischen Ländern zu unhaltbaren Zuständen geführt. In Dänemark fehlt es vor allem an überseeischen Futtermitteln. Man hat sich deshalb entschlossen, zwei Drittel des Schweinebestandes abzuschlachten. In Norwegen hat das amerikanische Vorgehen zu einer Transportkrise geführt, die die Regierung zur Festsetzung von Höchstpreisen veranlaßt hat. Die Vereinigten Staaten sind indessen immer noch nicht zufrieden. Die Regierung hat erneut 100.000 Tonnen beschlagnahmt, die nun für die Vereinigten Staaten Dienst tun müssen. So lernen denn die Neutralen immer mehr die Seemächte kennen.

mungen der „großen Demokratie“ jenseits des Ozeans kennen.

Die amerikanisch-japanischen Verhandlungen haben in Washington begonnen. Die erste Besprechung zwischen Lansing und dem japanischen Sondergesandten Ishii galt insbesondere der Lieferung von Stahl an Japan für die Ausführung des Schiffsbauprogramms Japans und anderen Fragen wirtschaftlicher, besonders industrieller Natur. Die Vereinigten Staaten geben der Hoffnung Ausdruck, daß das gemeinsame Kriegsprogramm beider Länder politische und diplomatische Fragen zunächst in den Hintergrund dränge und daß die Verhandlungen ausdrücklich der Förderung des gemeinsamen Vorgehens gewidmet sein werden.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 10. Sept. Ein Reichsmonopol für Kraftfuttermittel soll in der kommenden Tagung des Reichstags zur Förderung gelangen.

Berlin, 10. Sept. Generalleutnant von Henninger, bayerischer Militärbevollmächtigter in Berlin, ist am 8. September beim Begehen unserer Stellungen durch Schenkelschuß mit Schlagaderverletzung schwer verwundet worden und bald darauf verstorben.

Münster i. W., 10. Sept. Die evangelisch-theologische Fakultät hat den Reichskanzler Dr. Michaelis zum Ehrendoktor der Theologie ernannt.

Wien, 10. Sept. Wie verlautet, wird eine der ersten Maßnahmen der polnischen Selbstverwaltung die Aufhebung der Zollgrenze zwischen dem deutschen und österreichischen Okkupationsgebiet sein.

Amsterdam, 10. Sept. Als Kandidaten für das Amt des französischen Ministerpräsidenten werden in erster Linie Viviani und Briand genannt. Poincaré's Stellung erscheint immer mehr erschüttert.

Rotterdam, 10. Sept. In einem Artikel der Londoner „Daily News“ wird ausgeführt, daß der Hauptgrund des Widerstandes der englischen Regierung gegen die Stockholmer Konferenz der Botschaft eines Wirtschaftskrieges nach dem Friedensschluß ist.

Pressedienst bei der Reichshanzlei.

Der Reichskanzlei wird eine Zentralstelle des Pressedienstes beigegeben werden, deren Leitung Landrat v. Braun, der bisherige Leiter der Nachrichtenstelle im Reichsamt des Innern, übernehmen wird. Diese Zentralstelle soll direkt unter dem Reichskanzler stehen. Die Nachrichtenabteilungen, die im Auswärtigen Amt und in den anderen Reichsämtern und Ministerien bestehen, sollen ihre bisherigen Befugnisse beibehalten, aber die neue Zentralstelle soll doch eine Vereinheitlichung bewirken und, unter Aufsicht der einzelnen Ressorts zugekommen, den Spezialfragen, das Material sichten und die Widersprüche, die aus einer zu großen Dezentralisation sich ergeben, ausgleichen. Freiherr v. Braun, geboren am 7. Februar 1878 zu Neuden, war bis 1911 Assessor im Handelsministerium und seit 1911 Landrat des Kreises Wirsitz, Bezirk Bromberg. Seit März 1915 war er im Reichsamt des Innern beschäftigt und Leiter der neu geschaffenen Nachrichtenstelle dazulast.



Freiherr v. Braun.

Ribots neues Kabinett gescheitert.

Genf, 10. Sept. Der mit der Neubildung des Kabinetts beauftragte Ribot legte angesichts der Unmöglichkeit, ein neues Kabinett zusammenzubekommen, den Auftrag in die Hände des Präsidenten Poincaré zurück.

Die Neubildung des Kabinetts Ribot ist im letzten Augenblick auf unerwartete Hindernisse gestoßen, da plötzlich die parlamentarische Sozialistengruppe erklärte, sie könne die Verantwortung ihrer Gruppe für die Kabinettsbildung nicht auf sich nehmen. Minister Thomas teilte Ribot mit, daß er sein neues Kabinett nicht unterfertigen könne. Obwohl nun Ribot entschlossen war, auch ohne die Sozialisten das Kabinett zu bilden, erklärte Kriegsminister Painlevé es für unmöglich, ein Kabinett zu bilden ohne Mitwirkung der Sozialisten.

Interessant ist das Zustandekommen des Entschlusses der Sozialisten, dem Kabinett Ribot die Mitarbeiterschaft zu verweigern. Die entscheidende Sitzung der parlamentarischen Sozialistengruppe verlief sehr stürmisch. Schließlich wurde eine Tagesordnung, die die Politik des

Sachsenburg, 11. Sept. Nachstehenden Herren wurde das Verdienstkreuz für Kriegshilfe verliehen und am vergangenen Freitag durch den Herrn Landrat über-

Der Genossenschaftstag für die Kriegsanleihe.
Der Allgemeine Verband der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, der in Eisenach zu seiner ersten Kriegstagung zusammentrat, nahm eine Entschliessung an, in der er es für die bringende Pflicht sämtlicher Genossenschaften erklärte, mit ihrer vollen Kraft für ein erfolgreiches Ergebnis auch der bevorstehenden siebenten Kriegsanleihe zu wirken.

am Ziegelhütterweg
Öffentlich meistbietend versteigert
Geschwifler G. Ebner.

gesucht. Angerufen
an die Geschäftsstelle 1. 2.